

Hausverfügung Zugang Gerichtsgebäude

Die bestehende Corona-Pandemie bedeutet auch für die Hessische Justiz eine große Herausforderung. Ziel der staatlichen Bemühungen ist es weiterhin, die Infektionen in Deutschland so früh wie möglich zu erkennen und die weitere Ausbreitung des Virus zu verringern. Dies bedeutet für die hessischen Gerichte und Staatsanwaltschaften, dass die Erreichbarkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften für den Publikumsverkehr eingeschränkt werden muss.

Aus diesem Grund ordnen wir für das gemeinsame Gerichtsgebäude des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main und des Hessischen Landesarbeitsgerichts auf Grundlage der Handlungsempfehlungen des Hessischen Ministeriums der Justiz (HMdJ) für den Zutritt zu Gerichten und Staatsanwaltschaften für die Dauer der Pandemie des Corona-Virus (SARS-CoV-2) - Pressemitteilung Nr. 35 des HMdJ vom 17. März 2020 - an:

1. Der Zugang zu dem Arbeitsgericht Frankfurt am Main und dem Hessischen Landesarbeitsgericht wird für Personen, die keine Justizbediensteten, keine Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Rahmen ihrer Ausbildung und keine Prüflinge für das 1. oder 2. Juristische Staatsexamen sind, auf ein **absolut notwendiges Minimum** beschränkt.
2. Von persönlichen Vorsprachen ist nach Möglichkeit abzusehen. Das Arbeitsgericht Frankfurt am Main und das Hessische Landesarbeitsgericht sind nur in dringenden und unaufschiebbaren Angelegenheiten aufzusuchen. In Zweifelsfällen soll vorher telefonisch abgeklärt werden, ob eine persönliche Kontaktaufnahme erforderlich ist und welche Unterlagen benötigt werden.
3. Anträge und andere Anliegen sollten vorrangig per Telefon, Telefax oder auf schriftlichem Weg gestellt und vorgebracht werden.

Weiter werden Rechtssuchende gebeten, nicht persönlich in den Geschäftsstellen des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main und des Hessischen Landesarbeitsgerichts zu erscheinen. Sie erreichen die Geschäftsstellen telefonisch zu den angegebenen Zeiten. In dringenden Fällen können nach telefonischer Voranmeldung auch persönliche Vorsprachen ermöglicht werden.

Bitte nutzen Sie nach Möglichkeit die auf der Homepage der hessischen Arbeitsgerichtsbarkeit angebotenen Online-Formulare zur Klageerhebung und zur Beantragung von Beratungs- und Prozesskostenhilfe, die unter <https://arbeitsgerichtsbarkeit.hessen.de> im Menü unter dem Punkt „Themen von A - Z“ unter dem Unterpunkt „Formulare/Merkblätter“ nebst einem Merkblatt zur Klageerhebung abgerufen werden können.

Anträge, Klagen und weiteres Schriftgut, das persönlich zum Arbeitsgericht Frankfurt am Main und zum Hessischen Landesarbeitsgericht gebracht wird, ist dem am Eingang diensthabenden Sicherheitspersonal zur Weiterleitung zu übergeben oder in den Fristenbriefkasten einzuwerfen.

4. Für sämtliche Anliegen mit Justizbezug besteht die Möglichkeit, sich mit Fragen an den digitalen Servicepoint der Justiz zu wenden über die landesweit kostenlose Rufnummer **0800 / 96 32 147** (montags bis freitags von 8:00 bis 18:00 Uhr) oder **servicepoint@justiz.hessen.de**. Der Servicepoint dient dazu, Bürgerinnen und Bürger kompetent, zuverlässig und schnell Auskunft auf ihre Fragen und sachdienliche Informationen zu vielen justizspezifischen Themen zu geben.
5. Postfächer in der gemeinsamen Poststelle des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main und des Hessischen Landesarbeitsgerichts sollen nicht mehr genutzt werden. Eine Abholung noch in den Fächern eingelegter Post soll ohne Zutritt zum Gerichtsgebäude durch Vermittlung des Sicherheitsdienstes im Bereich der Eingangskontrolle erfolgen.
6. Der Zutritt zur Bibliothek des Hessischen Landesarbeitsgerichts ist für externe Besucher untersagt. Anfragen zu Literatur, Publikationen etc. können telefonisch von Dienstag bis Donnerstag in der Zeit von 9:00 bis 11:00 Uhr unter 069 - 15047 8435 gestellt werden.

Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren ist der Zutritt zur Bibliothek des Hessischen Landesarbeitsgerichts zu Ausbildungszwecken gestattet. Den Anweisungen der Bibliotheksleitung bezüglich Dauer und Ausgestaltung der Bibliotheksnutzung ist Folge zu leisten.
7. Der Zutritt zum Gerichtsgebäude zum Zweck des Besuches von öffentlichen Verhandlungen ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Ziffern grundsätzlich zu gestatten. Der Zutritt ist innerhalb des Gerichtsgebäudes nur soweit gestattet, wie er zur Teilnahme an der öffentlichen Verhandlung erforderlich ist. Etwaige Terminladungen sind vorzuzeigen. Auf die grundsätzliche Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung gemäß dem Erlass des Hessischen Ministeriums der Justiz vom 20. Oktober 2020 innerhalb des Gerichtsgebäudes wird hingewiesen.
8. Abweichend von den vorstehenden Regelungen ist der Zugang für Personen, die keine Justizbediensteten sind, nur zu gestatten, wenn eine Gefährdung anderer Personen ausgeschlossen werden kann. Dies gilt auch für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Rahmen ihrer Ausbildung sowie für Prüflinge für das 1. oder 2. Staatsexamen. Es müssen die folgenden Verhaltensregeln berücksichtigt werden:
 - a. Der Zutritt ist innerhalb des Gerichtsgebäudes nur soweit gestattet, wie er zur Teilnahme an der öffentlichen Verhandlung erforderlich ist.

- b. Die bekannten Hygienemaßnahmen und Abstandsempfehlungen sind einzuhalten (Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung, Abstand zu Personen von 1,5 Metern; Verzicht auf jeglichen Körperkontakt; Handhygiene etc.).
- c. Der Zutritt zum Gerichtsgebäude ist zu untersagen, wenn die vorstehend genannten Personen innerhalb der letzten 10 Tage
- auf dem Land-, See-, oder Luftweg aus dem Ausland in das Land Hessen oder zunächst in ein anderes Land der Bundesrepublik Deutschland eingereist sind und sich zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb von 10 Tagen vor Einreise in einem durch das Bundesministerium für Gesundheit, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingestuft und durch das Robert Koch-Institut veröffentlichten Risikogebiet aufgehalten haben, es sei denn, dass sie nach § 2 der Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 13. März 2020 in der ab dem 8. November 2020 geltenden Fassung (GVBl. S. 726) nicht unter die Verpflichtung zur Absonderung fallen oder deren Absonderung nach § 3 der Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus durch das zuständige Gesundheitsamt aufgehoben worden ist.
 - Kontakt zu einer am Corona-Virus erkrankten Person oder zu jemandem hatten, bei dem der Verdacht auf eine Corona-Virus-Erkrankung besteht.

Gleiches gilt, soweit Personen typische Symptome einer Infektion mit dem Corona-Virus wie Fieber, trockenen Husten (nicht durch chronische Erkrankungen verursacht) und/oder Verlust des Geschmacks- oder Geruchssinns haben.

Soweit es sich um Personen, die zu einem Termin geladen wurden, oder deren Vertreterin oder Vertreter handelt, sind die für die Ausrichtung des Termins Verantwortlichen über die Zutrittsuntersagung unverzüglich zu informieren.

Diese Hausverfügung gilt bis auf Weiteres.

Frankfurt am Main, den 8. November 2020

Die Präsidentin
des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main:

gez. Dr. Günther

Der Präsident
des Hessischen Landesarbeitsgerichts:

gez. Woitaschek